

**Zeitschrift:** Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses

**Band:** 68 (1977)

**Heft:** 21

**Artikel:** Präsidialansprache anlässlich der Generalversammlung des VSE vom 9. September 1977 in Luzern = Allocution présidentielle prononcée devant l'Assemblée générale de l'UCS, le 9 septembre 1977, à Lucerne

**Autor:** Babaiantz, C.

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-915082>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Präsidentialsprache anlässlich der Generalversammlung des VSE vom 9. September 1977 in Luzern

Von C. Babaianz

Die im hydrologischen Jahr 1975/76 beobachtete Entwicklung der Elektrizitätsversorgung war gekennzeichnet durch eine aussergewöhnliche Trockenheit, welche die Produktion der Laufkraftwerke auf einen Minimalwert reduzierte. *Die Versorgung in diesem so aussergewöhnlichen Jahr konnte nur gemeistert werden dank der Produktion der thermischen Kraftwerke, vorab der nuklearen, die mit etwa 25% zur Deckung des Bedarfes an elektrischer Energie beitragen;* und ferner auch dank der Importe, die uns das gut funktionierende europäische Verbundnetz ermöglicht hat.

Dieses Jahr haben wiederum die allgemeinen Energiefragen einen bedeutenden Platz im schweizerischen Tagesgeschehen eingenommen. Die Entwicklung in Richtung auf eine zunehmende Verpolitisierung der hängigen Probleme hält an. Wir sind heute an einem Punkt angelangt, wo die Entscheidungen zu diesen Fragen in einer ersten Stufe ausschliesslich bei den eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Parlamentariern liegen, wobei jedoch die wichtigsten Entscheide auf Bundesebene gefällt werden müssen. Auch die Bevölkerung wird in diesen Prozess eingeschaltet werden, wie aus den jetzt laufenden Debatten zu schliessen ist. In meiner Präsidentialsprache 1975 in Lugano hatte ich dem Wunsch Ausdruck gegeben, dass in nicht allzu ferner Zukunft das ganze Schweizervolk auf die eine oder andere Weise seine Wahl treffen könne. Die angekündigten, wahrscheinlich im Jahre 1978 stattfindenden Abstimmungen stellen eine teilweise Erfüllung dieses Wunsches dar. Ich sage mit Absicht «teilweise», weil die sich gegenwärtig am Horizont abzeichnenden Abstimmungen wahrscheinlich nur die Kernenergie betreffen werden. Nun ist aber, wie alle wissen, die Kernenergie nur ein Teilaspekt des Energieproblems, und *es muss um jeden Preis verhindert werden, dass der Streit um die Kernenergie das Hauptproblem in Vergessenheit geraten lässt*, das nach meiner Meinung in unserer einseitigen Abhängigkeit von den Erdölprodukten liegt.

Die heutige Energiedebatte bewegt sich deshalb in zu engen Bahnen, und ich frage mich, ob sich die Ereignisse vom Herbst 1973 wiederholen müssen, damit man sich endlich darüber klar wird, *dass die Kernenergie unserem Land, wie auch anderen Ländern, eine Chance zur Lösung der Energieversorgungsprobleme bietet*. Indem ich dies sage, will ich nicht behaupten, die vermehrte Nutzung der Kernenergie sei völlig problemlos. Aber ich kann denjenigen nicht folgen, welche, obgleich sie die Wichtigkeit dieser Probleme betonen, gleichzeitig alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um deren Lösung zu verhindern. Die Frage der nuklearen Abfälle steht im Mittelpunkt der Diskussion; diese Frage bildet das Hauptargument derjenigen, welche, obgleich sie sie als nicht gelöst betrachten, alles unternehmen, um den Bemühungen zum Auffinden möglicher Lagerstätten für diese Abfälle entgegenzuwirken. Von solchen Leuten sagte der berühmte Nationalökonom und Soziologe Vilfredo Pareto: «Sie wissen, dass in der Logik der Gefühle – der einzigen, auf die sie zurückgreifen, um zu überzeugen – sehr wohl zwei sich widersprechende Meinungen nebeneinander bestehen können.»

## Allocution présidentielle prononcée devant l'Assemblée générale de l'UCS, le 9 septembre 1977, à Lucerne

Par C. Babaianz

L'évolution hydrologique observée durant l'année 1975/76 a été caractérisée par une sécheresse exceptionnelle qui a réduit la production des usines au fil de l'eau à un niveau minimum. *Cette année si particulière n'a pu être surmontée que grâce à la production des centrales thermiques, notamment nucléaires, qui ont permis de couvrir environ 25% des besoins en énergie électrique*, et grâce aussi aux importations rendues possibles par le bon fonctionnement du réseau européen interconnecté.



Cette année, comme les précédentes, les questions énergétiques générales ont occupé une place marquante dans la vie du pays. L'évolution vers une politisation croissante des problèmes posés s'est poursuivie. Au point où nous en sommes, l'on peut affirmer aujourd'hui que les décisions relatives à ces problèmes n'appartiendront en première étape qu'aux parlementaires fédéraux, cantonaux et communaux, les options majeures devant cependant être prises sur le plan fédéral. La population sera aussi directement associée à ce processus, si l'on en juge d'après les perspectives qui s'ouvrent d'ores et déjà pour les mois à venir, compte tenu des débats en cours. Dans mon allocution présidentielle de 1975, à Lugano, j'avais émis le vœu que le peuple suisse tout entier puisse effectuer son choix d'une façon ou d'une autre dans un avenir pas trop lointain. Les votations qui s'annoncent, vraisemblablement pour 1978, constituent l'exaucement partiel de ce souhait. Je dis bien «partiel» car les scrutins qui se profilent actuellement à l'horizon ne toucheront probablement que l'énergie nucléaire; or, comme vous le savez, l'énergie nucléaire n'est qu'un des aspects du problème énergétique, et *il faut éviter à tout prix que la contestation nucléaire fasse oublier le problème principal* que constitue à mes yeux notre dépendance unilatérale vis-à-vis des produits pétroliers.

Auf die Zweideutigkeit dieser Gesinnung muss um so mehr hingewiesen werden, als trotz allen Sparappellen (wie etwa auch demjenigen des VSE im Rahmen seiner «Energiepolitischen Zielsetzungen» im Jahre 1975) der Gesamtenergieverbrauch der Schweiz im Jahre 1976 um 1,4% angestiegen ist. Für die gleiche Periode hatte die elektrische Energie einen Zuwachs von 2,8% zu verzeichnen und 4,3% im Winter 1976/77 im Vergleich zur entsprechenden Periode 1975/76. Das zweite Quartal dieses Jahres brachte sogar einen Zuwachs von 6,7% gegenüber dem Vorjahr. Zum Thema Energiesparen muss darauf hingewiesen werden, dass die von den Umweltschutzorganisationen erlassenen Appelle sich fast ausschliesslich auf die elektrische Energie beziehen, das heisst auf die Kernkraftwerke. Würde man sich nicht besser auch mit den Schädigungen der Umwelt und der Gesundheit der Bevölkerung durch die Nutzung anderer Energieträger befassen?

Ich habe vorhin die Volksabstimmungen erwähnt, die wahrscheinlich 1978 zu erwarten sind. Drei die Kernenergie berührende Themen befinden sich im Stadium der parlamentarischen Beratung. Es handelt sich erstens um die Initiative des sozialdemokratischen Waadtländer Nationalrates *Meizoz*, die darauf abzielt, ein Moratorium für den Bau von Kernkraftwerken zu erlassen; zweitens um einen Vorstoss für eine Teilrevision des Atomgesetzes von 1959 und drittens um die Volksinitiative gegen Kernkraftwerke, die 1976 zustande gekommen ist. Für diese drei Themen ist das parlamentarische Verfahren eingeleitet worden, und sie werden in den kommenden Wochen im Nationalrat behandelt werden. Eine Kommission dieses Rates unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Schaffhauser Nationalrates *Reiniger* hat am vergangenen 22. und 23. August Hearings durchgeführt, im Verlaufe deren sie die Meinungen von Befürwortern und Gegnern der Kernenergie zu den betreffenden Texten angehört hat.

Wir bemühten uns bisher darum, zu zeigen, dass *ein Bau- und Bewilligungsstopp für Kernkraftwerke der Lage nicht angemessen ist*. Insbesondere glauben wir, dass dadurch die Versorgungssicherheit, die Sicherheit der Arbeitsplätze und überhaupt die harmonische Entwicklung der Wirtschaft unseres Landes in unzulässiger Weise in Frage gestellt würden. Vom juristischen Standpunkt aus gesehen bringt das Moratorium eine ernsthafte Beschränkung der bestehenden Eigentumsrechte mit sich. Wir wollen damit sagen, dass jegliche Beeinträchtigung dieser Rechte voll entschädigt werden müsste. Das Moratorium verletzt überdies das Prinzip von Treu und Glauben. Die Bewilligungen, über welche die fraglichen Kernkraftwerke verfügen, sind unter völliger Respektierung der herrschenden Gesetze erteilt worden und unter Rechtsverhältnissen, welche die Haltung der verantwortlichen Gesellschaften bestimmt haben. Ich hoffe, dass die eidgenössischen Parlamentarier als Hüter der bestehenden Gesetze es nicht zulassen werden, dass unter dem Vorwand eines reinen Opportunismus unser Bundesrecht auf Texte abgestützt wird, die absichtlich den heute geltenden Grundprinzipien zuwiderlaufen.

Was die Revision des *Atomgesetzes* betrifft, hat die Elektrizitätswirtschaft mit Genugtuung feststellen können, dass der schliesslich vom Bundesrat den Räten vorgelegte Entwurf *wesentliche Verbesserungen* gegenüber demjenigen aufweist, der aus den Beratungen der Expertenkommission unter dem Vorsitz von alt Bundesrichter *Dubach* hervorgegangen war. Die Übergangsbestimmungen, welche ursprünglich die Wiedererwägung – mit allen ihren schwerwiegenden Folgen – der von

Le débat énergétique actuel est donc trop étroit et je me demande s'il faudra que les événements de l'automne 1973 se répètent pour que l'on prenne enfin conscience que *l'énergie nucléaire est une chance qui s'offre à notre pays*, comme à d'autres, de résoudre ses problèmes d'approvisionnement en énergie. En disant cela, je ne désire pas affirmer que l'extension de l'énergie nucléaire soit totalement exempte de problèmes. Mais je refuse de suivre ceux qui, tout en soulignant la gravité de ces problèmes, font en même temps tout ce qui est en leur pouvoir pour empêcher qu'une solution leur soit trouvée. La question des déchets nucléaires est au centre des débats; elle constitue l'argument principal de ceux qui, tout en la considérant comme non-résolue, mettent tout en œuvre pour contrer les efforts de recherche d'emplacements se prêtant au stockage des déchets. De ces gens-là, le célèbre économiste Vilfredo Pareto disait: «Ils savent que, dans la logique des sentiments – la seule à laquelle ils recourent pour convaincre –, deux propositions contradictoires peuvent très bien coexister.»

L'ambiguïté de telles attitudes doit être d'autant plus dénoncée, qu'en dépit de tous les appels à l'économie (dont celui lancé par l'UCS en 1975 dans le cadre de ses «objectifs de politique énergétique»), la consommation globale d'énergie a augmenté en 1976 de 1,4%. Pour la même période, l'augmentation a atteint 2,8% pour l'énergie électrique, et même 4,3% durant l'hiver 1976/77 par rapport à la période correspondante de 1975/76. Le deuxième trimestre de l'année a enregistré une augmentation de 6,7% par rapport à l'an passé. Au sujet des économies, il convient de relever que presque systématiquement, les appels lancés par les organisations écologistes ne visent que l'énergie électrique, c'est-à-dire les centrales nucléaires; ne ferait-on pas mieux de s'occuper aussi des atteintes que l'utilisation d'autres agents énergétiques porte à l'environnement et à la santé de la population?

J'ai fait allusion tout à l'heure aux votations populaires qui s'annoncent probablement pour 1978. Trois sujets touchant l'énergie nucléaire en sont au stade des délibérations parlementaires. Il s'agit premièrement de l'initiative du Conseiller national vaudois socialiste *Meizoz* visant à décréter un moratoire dans la réalisation des centrales nucléaires, deuxièmement du projet de revision partielle de la loi de 1959 sur l'énergie atomique et troisièmement de l'initiative populaire contre les centrales nucléaires qui a abouti en 1976. Ces trois thèmes ont été engagés dans la procédure parlementaire, et seront dans les semaines à venir l'objet des délibérations du Conseil national. Une commission issue de ce Conseil, dont la présidence est assumée par le Conseiller national socialiste schaffhousois *Reiniger*, a organisé des hearings les 22 et 23 août derniers au cours desquels elle a entendu les avis de personnes plaidant pour ou contre l'énergie nucléaire et commentant selon leurs différents points de vue les textes en cause.

Nos efforts ont tendu jusqu'ici à montrer qu'*un moratoire affectant les centrales nucléaires n'était pas la mesure adéquate en l'occurrence*. Nous y voyons notamment une mise en cause inadmissible de la sécurité de l'approvisionnement, de la sécurité de l'emploi, ou tout simplement du développement harmonieux de l'économie du pays. Du point de vue juridique, le moratoire comporte une entrave sérieuse à des droits existants ressortissant au domaine de la propriété. Ceci signifie à notre avis que toute atteinte à ces droits devrait entraîner le versement d'une pleine indemnité. Le moratoire porte en outre atteinte au principe de la bonne foi. En effet, les autorisations

den betroffenen Unternehmungen rechtmässig erworbenen Rechte und Bewilligungen vorsahen, sind nun so abgefasst, dass sie die erworbenen Rechte respektieren, was in völliger Übereinstimmung mit den in der Schweiz gültigen Rechtsnormen steht. Das Prinzip der Gewaltentrennung wird gemäss der neuen Vorlage nicht mehr mit Füßen getreten, indem die Kompetenz zur Erteilung der im Atomgesetz vorgesehenen *Bewilligungen* beim Bundesrat liegt. Eine Abtretung dieser Kompetenz an die Bundesversammlung wäre in der Tat ein bedauerlicher Verstoß gegen die herrschende Ordnung gewesen, der nur aus rein politischen Gründen hätte gerechtfertigt werden können. Die *Bedürfnisklausel*, das heisst die Notwendigkeit eines Bedürfnisnachweises für den Bau eines Kernkraftwerkes, wurde schliesslich aufrechterhalten, obschon viele der zur vorgesehenen Revision des Atomgesetzes konsultierten Kantone und die direkt Betroffenen deren Streichung vorgeschlagen haben. In Tat und Wahrheit ist diese Bedürfnisklausel *überflüssig*, und wir lehnen sie nach wie vor aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Die Elektrizitätswirtschaft hat doch mehrfach in Erinnerung gerufen, dass es sich für sie nicht darum handeln könne, aus reinem Vergnügen Kernkraftwerke zu bauen. Es wäre in der Tat ein Irrsinn, Summen in der Grössenordnung von Milliarden in Anlagen zu investieren, deren Notwendigkeit und damit deren Rentabilität nicht wirklich aufgrund der Prognosen, welche die Elektrizitätswirtschaft regelmässig aufstellt und überprüft, erwiesen wäre. Man muss sich jedoch darüber im klaren sein, dass, wenn die Bedürfnisklausel angenommen wird, die gegenwärtig bei den Elektrizitätswerken liegende Verantwortung für eine ordnungsgemässe Stromversorgung an die für die Bewilligungserteilung zuständige Behörde übergehen würde. Es ist übrigens schwer verständlich, dass die Elektrizitätswirtschaft die einzige sein sollte, die ein Bedürfnis nachzuweisen hat, während die anderen Zweige der Energiewirtschaft weiterhin davon dispensiert sind.

Im ganzen gesehen kann die vorgeschlagene Revision des Atomgesetzes trotz dem soeben geäusserten Vorbehalt bezüglich der Bedürfnisklausel von der Elektrizitätswirtschaft als annehmbaren Kompromiss angesehen werden, und wir hoffen, dass der den Räten vorgeschlagene Text alle ihm in den Weg gelegten Hürden überwinden wird.

Der dritte Gegenstand, mit dem sich die Räte zu befassen haben, ist die Volksinitiative gegen die Kernkraftwerke, welche der Bundesrat kürzlich zur Ablehnung empfohlen hat. *Diese Initiative, deren Text Sie sicher kennen, enthält eine Anzahl von Vorschlägen, die willkürlich sind und gegen mehrere Grundregeln des Rechts verstossen; man kann deshalb nur ihre glatte Verwerfung wünschen.* Angesichts der Art der Argumente, mit welchen sehr viele Bürger dazu gebracht werden konnten, die Initiative zu unterstützen, kann man übrigens ernsthaft bezweifeln, ob die Regeln der ehrlichen Information beachtet worden sind.

Die öffentliche Meinung wird überdies durch die Antikernkraftbewegungen, deren Heterogenität bekannt ist, laufend irreführt. Die Ausnützung der Leichtgläubigkeit einer durch apokalyptische Visionen verängstigten Bevölkerung ist das Werk der einen, während andere den Widerstand gegen die Kernenergie nur als Mittel betrachten, um Zwietracht zu stiften und unter dem Deckmantel der Gewaltlosigkeit Gewalt anzuwenden. Das Ziel letzterer ist übrigens in einer der Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen wohlgesintten Zeitung klar ausgedrückt worden: «Auf jeden Fall aber

donc les centrales nucléaires visées en l'occurrence ont été dotées, ont pu être obtenues sur la base d'un respect absolu de la législation en vigueur, et dans un contexte légal qui a été déterminant dans l'attitude des entreprises responsables. Je souhaite que les parlementaires fédéraux, qui sont les gardiens de la législation, refusent d'accepter que, sous prétexte de pur opportunisme, notre droit fédéral soit fondé sur des textes allant délibérément à l'encontre des principes fondamentaux admis aujourd'hui.

En ce qui concerne la revision de la *loi atomique*, l'économie électrique a pu constater avec satisfaction que le projet finalement soumis aux Chambres par le Conseil fédéral présentait de *notables améliorations* par rapport à celui issu des délibérations de la commission d'experts présidée par l'ancien juge fédéral *Dubach*. En effet, les dispositions transitoires qui prévoyaient initialement la remise en cause – avec toutes les conséquences graves qui pouvaient en découler – de droits et d'autorisations régulièrement acquis par les entreprises intéressées, ont été conçues dans le respect des droits acquis, ce qui est absolument conforme aux principes admis dans le droit suisse. Le principe de la séparation des pouvoirs n'est plus, selon le projet, foulé aux pieds, la compétence d'accorder les *autorizations* prévues par la loi atomique étant dévolue au Conseil fédéral. Un transfert de cette compétence à l'Assemblée fédérale aurait constitué en effet une entorse regrettable aux règles admises en la matière et ne se serait justifié que par des motifs purement politiques. Enfin, la *clause du besoin*, c'est-à-dire la nécessité de prouver le besoin pour pouvoir construire une centrale nucléaire a subsisté, alors même que de nombreux cantons et groupements consultés au sujet du projet de modification de la loi atomique en avaient recommandé la suppression. En fait, cette clause du besoin est *superflue*, et nous continuons à la critiquer dans son principe. En effet, l'économie électrique a rappelé à plusieurs reprises qu'il ne saurait être question pour elle de construire des centrales nucléaires pour le simple plaisir. Il serait en effet aberrant d'investir des sommes se chiffrant par milliards de francs dans des installations dont le besoin, et par conséquent la rentabilité, ne serait pas véritablement démontré sur la base des prévisions que l'économie électrique établit et contrôle régulièrement. Mais il faut être conscient que si la clause du besoin est admise, la responsabilité d'une alimentation normale, qui repose actuellement sur les épaules des entreprises électriques, sera endossée par l'autorité compétente pour accorder les autorisations. Par ailleurs, on comprend difficilement que l'économie électrique soit la seule à devoir prouver l'existence d'un besoin, alors que les autres branches de l'économie énergétique continuent d'en être dispensées.

Dans l'ensemble, malgré le regret que je viens d'exprimer au sujet de la clause du besoin, le projet de revision de la loi atomique peut être considéré par l'économie électrique comme un compromis acceptable, et nous espérons que le texte proposé aux Chambres franchira avec succès tous les écueils placés sur son chemin.

Le troisième sujet soumis à l'appréciation des Chambres sera l'initiative populaire contre les centrales nucléaires, que le Conseil fédéral a récemment recommandé de rejeter. *Cette initiative dont vous connaissez sans doute le texte, contient un certain nombre de propositions arbitraires et contraires à plusieurs règles fondamentales du droit; on ne peut donc que souhaiter son rejet pur et simple.* D'ailleurs, à voir la qualité des



wird diese direkte Aktion für die Betroffenen zu einem neuen Lernprozess werden, der sie befähigt, die konkret erprobten Kampfmethoden immer wieder zu verbessern und später auch auf andere gesellschaftliche Bereiche zu übertragen.»

*Was die Gewaltlosigkeit angeht, muss damit aufgehört werden, mit dem Sinn der Worte zu spielen.* Sich bei anderen Leuten niederzulassen ist ein Gewaltakt, auch wenn dessen Urheber unbewaffnet ist. Die Freiheit der einen hört dort auf, wo diejenige der anderen beginnt, und die Demonstranten von Gösigen und anderswo würden gut daran tun, dies nicht zu vergessen. Eine Bilanz der Demonstration dieser letzten Wochen, in der Schweiz und im Ausland, führt mich zur Feststellung, *dass die Ökologie bis anhin mehr Tote und Verletzte verursacht hat als die Kernenergie.* Was auch immer die Verlautbarungen der Organisatoren dieser Aufmärsche behaupten mögen, liegen hier offenkundige Provokationen vor, die keine Regierung tolerieren kann. Ebenso sehr wie ich vor zwei Jahren den Verlauf der Ereignisse in Kaiseraugst bedauert habe, freue ich mich nun über die in Gösigen an den Tag gelegte Bestimmtheit. Wenn es nicht so gewesen wäre, hätte ohne Zweifel die Eskalation der «Gewaltlosigkeit» bei nächster Gelegenheit weiter zugenommen, und das Eingreifen der Behörden wäre sowieso früher oder später nötig geworden.

Ich weiss nicht, ob es im Schweizervolk eine Mehrheit gegen die Kernenergie gibt. Die kommenden eidgenössischen Volksabstimmungen werden es zeigen. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass unsere Mitbürger vor allem die aktuellen Probleme mit Vorbedacht und in Ruhe diskutieren wollen; sie missbilligen Veranstaltungen, bei denen gewisse Teilnehmer guten Glaubens sind, wo aber andere Gruppen eindeutig nur die Konfrontation mit der Polizei suchen. Die Verlautbarungen gewisser Organisationen sind voller Unehrllichkeit und verfolgen nur den Zweck, absichtlich Verwirrung zu stiften.

Um zu konstruktiveren Überlegungen zurückzukehren, haben wir mit Genugtuung die Fortschritte beim Bau des Kernkraftwerkes Gösigen zur Kenntnis genommen sowie am 14. April 1977 die Erteilung einer zweiten nuklearen Baubewilligung für das Kernkraftwerk Leibstadt. Damit sind in unserem Land zwei Grossbaustellen in vollem Betrieb; die Anlagen, die sich dort im Bau befinden, werden auf einige Jahre hinaus die Versorgung der Schweiz mit elektrischer Energie gewährleisten. Es ist interessant, festzustellen, dass in beiden Fällen die Bevölkerung der Umgebung sich völlig ruhig verhält; es scheint, dass die Opposition um so ansteckender wirkt, je weiter deren Anstifter von den im Bau befindlichen Anlagen entfernt sind.

Als Beitrag zur Lösung des Problems der Lagerung radioaktiver Abfälle (das ausser die Kernkraftwerke auch die Spitäler und verschiedene Laboratorien angeht) hat die Elektrizitätswirtschaft Bundesrat Ritschard im Mai 1977 einen Bericht übergeben, der ein Konzept für die Behandlung der Abfälle von der Wiederaufarbeitung des Brennstoffs bis und mit der Endlagerung, das heisst also für die Entsorgung, enthält. Der Bund hat seinerseits die Absicht geäussert, eine Kommission zum Studium dieser Probleme einzusetzen. Was die NAGRA betrifft, so setzt sie ihre Bemühungen fort, geeignete Lagerstätten für die Abfälle zu finden. *Dieses Problem scheint uns allerdings eher politischer als technischer Natur zu sein, da auf internationaler Ebene bereits gute Erfahrungen mit mehreren Verfahren zur sicheren Endlagerung der Abfälle vorliegen.* Schliesslich möchte ich meinem Bedauern Ausdruck geben darüber, dass sich der Bundesrat dem Vorschlag von

arguments sur la base desquels bien des citoyens ont été amenés à la soutenir, on peut sérieusement douter que les règles d'honnêteté en matière d'information aient été respectées.

L'opinion publique est d'ailleurs régulièrement abusée par les mouvements anti-nucléaires dont on connaît l'hétérogénéité. L'exploitation de la crédulité d'un public angoissé par l'imagination de perspectives apocalyptiques est le fait des uns, alors que d'autres ne voient dans la contestation nucléaire qu'un moyen de semer le désordre et de pratiquer la violence sous le couvert de la non-violence. Le but de ces dernières organisations a été d'ailleurs clairement formulé par un journal favorable à l'occupation des voies d'accès à la centrale de Gösigen, que je cite dans sa version originale: «Auf jeden Fall aber wird diese direkte Aktion für die Betroffenen zu einem neuen Lernprozess werden, der sie befähigt, die konkret erprobten Kampfmethoden immer wieder zu verbessern und später auch auf andere gesellschaftliche Bereiche zu übertragen.»

*Dans le domaine de la non-violence, il faudrait que l'on cesse de jouer sur le sens des mots.* Le fait de s'installer chez autrui constitue un acte de violence, même si l'auteur de cet acte n'est pas armé. La liberté des uns finit là où commence celle des autres, et les manifestants de Gösigen et d'ailleurs feraient bien de se rappeler. Un bilan des démonstrations de ces dernières semaines, en Suisse et à l'étranger, m'amène à constater que *l'écologie a, jusqu'ici, fait plus de morts et de blessés que l'énergie nucléaire.* Quoi qu'en puissent dire les communiqués des organisateurs de défilés, il y a là manifestation des provocations qu'aucun gouvernement ne saurait tolérer. Autant j'avais déploré le déroulement des événements à Kaiseraugst il y a deux ans, autant je me félicite de la fermeté démontrée à Gösigen. Si tel n'avait pas été le cas, il est hors de doute que l'escalade de la «non-violence» aurait, lors d'une prochaine occasion, franchi un nouveau pas et que l'intervention de l'autorité aurait bien dû avoir lieu une fois ou l'autre.

Je ne sais si dans le public suisse, il existe une majorité opposée à l'énergie nucléaire. Les scrutins fédéraux à venir nous le diront. Mais en revanche, je suis persuadé que nos concitoyens désirent avant tout que les problèmes actuels se discutent posément et calmement; ils réprovent des manifestations dans lesquelles certains participants sont sans doute de bonne foi mais où le désir bien marqué d'autres groupes est, comme on dit, de «casser du flic». Les communiqués de telles organisations respirent la malhonnêteté et n'ont pour but que de semer volontairement la confusion.

Pour revenir à des considérations plus constructives, nous avons enregistré avec satisfaction les progrès accomplis dans la construction de la centrale nucléaire de Gösigen, ainsi que l'octroi, intervenu le 14 avril 1977, d'une deuxième autorisation de construire nucléaire à la centrale nucléaire de Leibstadt. Deux grands chantiers sont ainsi en pleine activité dans notre pays et les installations que l'on y réalise contribueront à garantir pour quelques années l'approvisionnement de la Suisse en énergie électrique. Il est intéressant de constater que dans les deux cas, la population environnante est parfaitement calme; il semble que l'opposition se développe d'une façon d'autant plus virulente que ses auteurs sont éloignés des installations en construction.

Pour contribuer à résoudre le problème de l'entreposage des déchets radioactifs (qui concerne, outre les centrales nucléaires, les hôpitaux et divers laboratoires), l'économie électrique a remis en mai 1977 à M. le Conseiller fédéral Ritschard un rap-

Herrn Ritschard nicht anschliessen konnte, der Eidgenossenschaft die Aufgabe der sicheren Beseitigung der radioaktiven Abfälle anzuvertrauen.

Das verflossene Jahr ist durch die Fortschritte der Arbeiten der Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption gekennzeichnet. Der ursprünglich festgesetzte Termin vom 30. Juni 1977 für die Ablieferung des Schlussberichtes der Kommission ist auf den 31. Dezember 1977 verschoben worden. Das Studium der gestellten Probleme erwies sich als komplizierter, als vorausgesehen worden war, und das Bestreben, der Ausarbeitung und Bewertung der Konsequenzen der in Betracht gezogenen Hypothesen und Szenarien alle Sorgfalt angedeihen zu lassen, hat die Kommission bewogen, Bundesrat Ritschard um die Gewährung eines zusätzlichen Aufschubes zu bitten. Selbst mit den zur Verfügung stehenden zusätzlichen sechs Monaten wird die Kommission Mühe haben, ihren Auftrag zu Ende zu führen. Ohne hier über die Beratungen der Kommission, an denen beteiligt zu sein ich die Ehre habe, etwas verraten zu wollen, möchte ich doch unterstreichen, dass für die Beantwortung der unablässigen Kritik, der die Kommission seitens gewisser Kreise ausgesetzt war, viel Zeit verloren ging. Das Bestreben, sich gegen diese Welle von Kritik zu rechtfertigen, ist anzuerkennen, ebenso gilt jedoch, dass eine Körperschaft dieser Art das unabänderliche Recht haben sollte, in Ruhe arbeiten zu können. Es ist widersinnig und anstössig, einer Kommission die Behandlung eines Problems aufzugeben und ihr gleichzeitig das Recht zu verweigern, ihre Schlussfolgerungen zu formulieren, bevor das Sperrfeuer einsetzt. Die Kritiken dürften erst nach dem Erscheinen des Schlussberichtes vorgebracht werden, um nicht die Überlegungen der Kommission mitten in der Arbeit aufgrund von provisorischen, unvollständigen oder unsicheren Daten zu verfälschen. Arbeitspapiere der Kommission sind verwendet, ja sogar publiziert worden, obschon sie vertraulich waren, und gewisse Beratungsergebnisse sind in Sinn und Bedeutung entstellt weitergegeben worden. All dies ist bedauerlich.

Die Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergiekonzeption hat übrigens Schule gemacht: Zahlreiche Gruppierungen haben versucht, die aktuellen Probleme mehr oder weniger ernsthaft zu studieren und Massnahmen zur Verbesserung der uns bekannten Energiesituation vorzuschlagen. Einige betrachten Sparmassnahmen als Allheilmittel. Andere stellen die Energie in den Dienst ihrer eigenen Publizität. *Wieder andere verschleiern hinter Energietheorien, für deren Anwendung sie nie verantwortlich sein werden, ihre Opposition gegen die Kernkraftwerke, wobei sie die übrigen der hängigen Probleme offenbar nur ganz am Rande interessieren.* Ein Grossunternehmen mit einem ausgedehnten Filialnetz, das in den letzten Jahren einen beachtlichen Aufschwung erfahren hat, beabsichtigt nach seinen Erklärungen nicht, es dabei bewenden zu lassen und hat kürzlich einen nationalen Energiesparplan vorgelegt. Dieses Dokument enthält ohne Zweifel eine ganze Reihe von sehr gut realisierbaren Ideen, die es wert sind, in die Praxis umgesetzt zu werden. Sie werden gegenwärtig in unserem Sekretariat studiert. Die Behauptung, dass sich durch die Anwendung dieses Planes der Bau von Kernkraftwerken erübrige, hält jedoch einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Die erklärte Tendenz dieser Unternehmung, ihr weiteres Wachstum durch den Bau von riesigen Einkaufszentren, also von Grossenergieverbrauchern, voranzutreiben, passt denn auch kaum zur Mässigung, die anderen gepredigt wird.

port exposant un concept du traitement des déchets dès et y compris le retraitement du combustible jusqu'à l'entreposage définitif; c'est ce qu'on appelle en allemand «die Entsorgung». De son côté, la Confédération a manifesté l'intention de désigner une commission chargée d'étudier ces problèmes. Quant à la CEDRA (en allemand NAGRA), elle poursuit ses efforts visant à localiser des emplacements se prêtant à l'entreposage des déchets. *Le problème posé nous paraît toutefois être plus politique que technique, divers procédés de mise en sécurité des déchets jouissant déjà d'une bonne expérience à l'échelle internationale.* Je voudrais enfin exprimer mon regret que le Conseil fédéral n'ait pas suivi la proposition de M. Ritschard tendant à attribuer à la Confédération la tâche de procéder à l'élimination sûre des déchets radioactifs.

L'année écoulée a été marquée par la progression des études entreprises par la Commission fédérale de la conception globale de l'énergie. Le délai fixé initialement au 30 juin 1977 pour la remise du rapport final de la commission a été reporté au 31 décembre 1977. L'étude des problèmes posés à la commission s'est en effet avérée plus compliquée que prévu, et le souci de mettre tout le soin voulu à la mise au point et à l'évaluation des conséquences des hypothèses et scénarios envisagés a conduit la commission à requérir de M. le Conseiller fédéral Ritschard l'octroi d'un délai supplémentaire. Même en disposant de six mois de plus, la commission aura cependant de la peine à parvenir au bout de sa tâche. Sans vouloir trahir le secret de ses délibérations, auxquelles j'ai l'honneur d'être associé, je dois cependant souligner que beaucoup de temps a été perdu à répondre aux critiques incessantes dont la commission est gratifiée de la part de certains milieux. Ce souci de se justifier face à la vague des critiques est tout à l'honneur de la commission, mais il n'en est pas moins vrai qu'un organisme de ce genre a le droit imprescriptible de travailler en paix. Il est abusif et incorrect de confier à une commission le soin d'étudier un problème et de lui refuser simultanément le droit de formuler des conclusions préalablement à l'ouverture d'un tir de barrage. Les critiques devraient être émises après la parution du rapport final, de manière à ne pas dénaturer en cours de route les réflexions que la commission aurait pu faire sur la base d'éléments provisoires encore incomplets ou incertains. Des documents de travail de la commission ont été utilisés, voire même publiés alors qu'ils étaient confidentiels et certaines données issues de ses délibérations ont été révélées avec une signification et une portée altérées. Tout ceci est regrettable.

La Commission fédérale de la conception globale de l'énergie a d'ailleurs fait école: de nombreux groupements ont tenté d'étudier avec plus ou moins de sérieux les problèmes actuels et de proposer des remèdes à la situation énergétique que nous connaissons. Certains voient dans les seules économies la solution de tous nos maux. D'autres utilisent l'énergie pour leur propre publicité. *D'autres enfin camouflent derrière des théories énergétiques, qu'ils ne seront jamais responsables d'appliquer, une opposition aux centrales nucléaires, les autres problèmes posés ne les intéressant apparemment qu'à titre tout à fait accessoire.* Une grande entreprise à succursales multiples, qui a connu ces dernières années une croissance considérable et qui, d'après ses déclarations, n'entend pas en rester là, a présenté récemment un plan national d'économies d'énergie. Ce document contient sans doute bien des idées très réalisables, dignes d'être mises en pratique, et dont l'étude est en cours auprès de notre secrétariat; toutefois, l'affirmation selon laquelle l'appli-

Wenn ich auch alle Beiträge zur Lösung unserer Probleme begrüsse, muss ich doch ungenaue oder idealistische, mehr oder weniger von der energietechnischen und wirtschaftlichen Realität entfernte Überlegungen ablehnen. In einem immerhin für Energiefragen empfänglichen und in solchen Problemen sachkundigen Kreis sind kürzlich auf schwachen Füßen stehende und teilweise strittige Vergleiche, die auch mit der Kernenergie zu tun hatten, öffentlich vertreten und natürlich von den Empfängern prompt falsch verstanden worden. Auf diesem Gebiet gehört es, glaube ich, zur Aufgabe aller energiewirtschaftlichen Kreise, Informationen zu verbreiten, die leicht verständlich sind, nicht Verwirrung stiften und es vermeiden, verwandten Branchen Schaden zuzufügen. So hat sich zum Beispiel im vergangenen Winter die Kohlewirtschaft durch die Veröffentlichung von Grossinseraten hervorgetan, die allen anderen Energieträgern feindselig gegenüberstanden. Wenn die Kohle wirklich alle die ihr zugeschriebenen Vorzüge aufweist, so sollte sie, möchte man meinen, sich durchsetzen können, ohne ihre Werbung auf die Anschwärzung der anderen Energieträger abstützen zu müssen.

Auch dieses Jahr war in unseren Kreisen wieder viel von der Substitution der Erdölprodukte durch Ersatzenergien die Rede. Auf diesem Sektor spielen vor allem Elektrizität und Gas eine wichtige Rolle. Wie die Statistik zeigt, hat sich die Anzahl der in unserem Land installierten Elektroheizungen zwischen dem 1. Januar 1976 und dem 1. Januar 1977 von 35000 auf 42000 erhöht, die installierte Leistung von 642000 auf 745000 kW und der Jahresverbrauch von 508 auf 600 Millionen kWh. Diese eindrucksvolle Zunahme in der Grössenordnung von 20% dürfte sich in den kommenden Jahren fortsetzen, und es ist wichtig, dass sie von möglichst vielen Werken unterstützt wird.

Die Elektroheizung wird von einigen angeprangert, die ihr die Verschwendung von Primärenergie vorwerfen. Nun ist aber die Energiebilanz in Wirklichkeit sehr viel günstiger, als man es wahrhaben will. Auf gesamtschweizerischer Ebene sind die erhaltenen Zahlen unter Berücksichtigung des grossen Anteils der hydraulisch erzeugten Elektrizität in jeder Beziehung annehmbar unter der Bedingung, dass die Isolationsnormen strikte eingehalten werden und dass die Elektroheizung in erster Linie in Gebieten mit schwacher bis mittlerer Bevölkerungsdichte verwendet wird, wo ein Wärmeverteilnetz fehlt. Ausserdem muss man auch noch andere Faktoren als den Primärenergieverbrauch in Betracht ziehen; so die Luftverschmutzung, die Versorgungssicherheit, die Stabilität der Versorgungskosten, die Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen und schliesslich die Rentabilität. Wenn man auch auf anderen Gebieten einzig aufgrund des Primärenergieverbrauchs urteilen würde, so müsste zum Beispiel die ganze Schweiz «Döschwo» fahren und die Mercedes und Cadillacs für immer einstellen. *Oder noch besser würde man ganz auf das Auto verzichten, da der Motorenwirkungsgrad nur 15% beträgt.*

In der Energiediskussion muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden, dass die Energie physikalischen, arithmetischen und wirtschaftlichen Gesetzmässigkeiten unterworfen ist wie jedes andere Lebenselement auf dieser Welt. Dies gilt mit oder ohne Kernenergie. Die sogenannten «Alternativ»-Energien, die unabhängig vom Ausgang der Nukleardebatte gefördert werden sollten, sind denselben Regeln unterworfen. *Ihr Beitrag zur Energiebilanz der Schweiz muss aufgrund von realistischen Hypothesen beurteilt werden und nicht von ökolo-*

gation du plan permettrait d'éviter la construction de centrales nucléaires ne résiste pas à un examen sérieux. En effet, la tendance marquée de l'entreprise en question à favoriser sa propre croissance en réalisant des centres géants de vente, gros consommateurs d'énergie, est peu en rapport avec la modération prêchée aux autres.

Si je salue toutes les contributions apportées à la solution de nos problèmes, je dois cependant condamner les considérations inexactes ou idéalistes, plus ou moins éloignées de la réalité énergétique et économique. Dans un milieu pourtant ouvert aux questions énergétiques et connaisseur de tels problèmes, on s'est récemment risqué publiquement à des comparaisons fragiles et partiellement contestables, dans lesquelles l'énergie nucléaire était impliquée, et qui ont bien entendu été interprétées par leurs destinataires d'une façon erronée. Dans ce domaine, je pense que le rôle de tous les milieux de l'économie énergétique est de diffuser des informations qui soient facilement compréhensibles, qui ne créent pas la confusion et qui évitent de porter un préjudice à d'autres branches sœurs. L'économie charbonnière s'est par exemple illustrée durant l'hiver passé en publiant des annonces de grand format hostiles à l'ensemble des autres agents énergétiques. Si le charbon a véritablement toutes les qualités qu'on lui prête, il devrait, semble-t-il, pouvoir s'imposer sans baser sa publicité sur le dénigrement d'autres sources d'énergie.

Cette année encore, on a beaucoup parlé dans nos milieux de substitution d'énergies de remplacement aux produits pétroliers. L'électricité et le gaz en particulier ont un rôle important à jouer dans ce domaine. La statistique nous montre que le nombre d'installations de chauffage électrique dans notre pays a passé du 1<sup>er</sup> janvier 1976 au 1<sup>er</sup> janvier 1977 de 35000 à 42000, la puissance installée de 642000 à 745000 kW et la consommation annuelle de 508 à 600 millions de kWh. Cette progression spectaculaire, qui se situe aux alentours de 20%, doit se poursuivre durant les années à venir et il importe qu'elle soit encouragée par un maximum d'entreprises.

Le chauffage électrique a ses détracteurs, qui lui reprochent de gaspiller de l'énergie primaire. Or, le bilan énergétique est en réalité beaucoup plus favorable qu'on veut bien l'affirmer. Sur le plan suisse, compte tenu de l'importante part d'électricité d'origine hydraulique que nous produisons, les chiffres obtenus sont parfaitement acceptables à condition que les normes d'isolation soient scrupuleusement observées et que le chauffage électrique soit utilisé en premier lieu dans des zones à densité de population faible à moyenne et dépourvues de ce fait de réseaux de distribution de chaleur. Par ailleurs, il y a lieu de prendre aussi en considération des éléments autres que la consommation d'énergie primaire, et qui sont la pollution de l'air, la sécurité d'approvisionnement, la stabilité des coûts de ravitaillement, les possibilités des ressources naturelles et enfin la rentabilité. Si l'on raisonnait dans d'autres domaines en fonction du seul critère de la consommation d'énergie primaire, il faudrait par exemple que toute la Suisse roule en 2 CV, les Mercedes et les Cadillac étant définitivement mises sur plots. *Ou mieux encore, on pourrait complètement se passer d'automobiles, le rendement des moteurs étant de l'ordre de 15%.*

Dans le débat énergétique, on ne doit pas cesser de rappeler que l'énergie obéit à des lois physiques, arithmétiques et économiques comme n'importe quel autre élément de la vie terrestre. Ceci est vrai avec ou sans énergie nucléaire. Les énergies dites «alternatives» qu'il convient de promouvoir quel que soit



*gischen Träumereien.* Die Tatsache, dass an einer Ausstellung ein Sonnenfeuerzeug oder ein Ofen zu sehen ist, der es am 15. Juli bei 30 °C im Schatten ermöglicht, eine Mahlzeit zu kochen, soll unsere Mitbürger nicht dazu verleiten zu glauben, die Sonnenenergie könne in Kürze einen wesentlichen Anteil an unserer Energiebilanz bestreiten. Persönlich glaube ich an die Sonnenenergie und bin davon überzeugt, dass dem menschlichen Erfindungsgeist ihre Ausnützung gelingen wird. Vielleicht ist auch ein ähnlicher Optimismus in bezug auf Energien wie zum Beispiel die Erdwärme angezeigt. Aber von hier aus eine Energierevolution innert weniger Jahre zu prophezeien, ist ein Schritt, den ich als Vertreter der Elektrizitätswerke, die für eine genügende Versorgung mit elektrischer Energie in ihren Netzen verantwortlich sind, nicht mitmachen kann. Die Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergiekonzeption wird sich zur Rolle, die den neuen Energieformen nach ihrer Ansicht bis zur Jahrhundertwende zukommt, äussern. Ich kann Ihnen hier versichern, dass die Studien, die sie zu diesem Thema angestellt hat, mit einem ausserordentlichen Mass an Sachlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Realismus durchgeführt worden sind.

Um diese Betrachtungen zur Energiediskussion abzuschliessen, möchte ich in Erinnerung rufen, dass unsere Werke mit gewissen Aufgaben behaftet sind und sich den Abnehmern gegenüber für deren richtige Erfüllung zu verantworten haben. *Sollten sie in Zukunft diesen Aufgaben trotz ihren jetzigen grossen Anstrengungen, zu informieren und zu überzeugen, nicht nachkommen können, so wird man ihnen deswegen keinesfalls Vorwürfe machen dürfen.* Sollte eine unbeständige Energiepolitik eines Tages negative und unangenehme Folgen bringen und Auswirkungen wie Arbeitslosigkeit und Entbehrungen haben, so wäre es nicht erstaunlich, wenn die heute gegen die Kernkraftwerke geführten Massen dann von denselben Organisatoren wieder zusammengerufen würden, um die Absetzung der für die Elektrizitätswirtschaft Verantwortlichen zu fordern. Bekanntlich sind die Massen wankelmütig und die Republiken undankbar. Gewisse Tatsachen sind für uns ein Ansporn, unbeirrt in der Richtung zu gehen, die wir als richtig erachten und die in unseren Augen dazu angetan sind, die uns übertragene Aufgabe richtig zu erfüllen.

Die allgemeinen Energiefragen und besonders diejenigen im Zusammenhang mit der Kernenergie haben mich heute zu ziemlich langen Ausführungen veranlasst, so dass man glauben könnte, die anderen Probleme seien alle gelöst oder beschäftigten uns kaum. Dies ist nicht der Fall, und auf manchen Gebieten hat sich der Verband mit vielen Fragen befasst.

So wurden die Beratungen der eidgenössischen Räte bezüglich der Anpassung der Wasserzinse für die Nutzung der Wasserkraft mit Interesse verfolgt. Vor Eröffnung der Debatte haben wir Vorstösse in verschiedener Richtung unternommen, um zu erreichen, dass eine annehmbare Lösung gefunden werde. Dies scheint schliesslich der Fall zu sein, auch wenn im Verhältnis zu den bisherigen Zinsen der Betrag der Wasserzinse um 60% zugenommen hat. Diese Angelegenheit ist jetzt erledigt. Auf Bundesebene ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden mit der Aufgabe, Möglichkeiten zur Vereinfachung des Erhebungsverfahrens für die Wasserzinse zu suchen.

Am vergangenen 23. Juni ist der *Nationale Energieforschungsfonds ins Leben* gerufen worden. Diese Institution wird von der Erdöl-, Elektrizitäts- und Kohlewirtschaft getragen. Es ist bedauerlich, dass sich die Gaswirtschaft aus gewissen

l'aboutissement du débat nucléaire, sont également assujetties à ces règles. *Leur contribution au bilan énergétique suisse doit être envisagée en fonction d'hypothèses réalistes et non pas de rêveries écologistes.* Le fait de présenter dans une exposition un briquet solaire ou un four permettant de cuire un repas le 15 juillet par 30 °C à l'ombre ne doit pas inciter nos concitoyens à croire que l'énergie solaire pourra, à bref délai, couvrir une part importante de notre bilan énergétique. Personnellement, j'ai foi en l'énergie solaire et suis persuadé que le génie inventif humain saura la mettre en valeur. On peut peut-être exprimer un certain optimisme dans le même sens à propos d'énergies telles que l'énergie géothermique par exemple. Mais d'ici à prophétiser la révolution énergétique dans un délai de quelques années, il y a un pas que je me refuse à franchir en tant que représentant des entreprises électriques responsables d'assurer à leurs réseaux respectifs une alimentation convenable en énergie électrique. La commission de la conception globale de l'énergie se prononcera sur le rôle qu'elle estime être dévolu aux énergies nouvelles jusqu'à la fin du siècle. Je puis vous assurer ici que les études qu'elle a entreprises à ce sujet l'ont été avec infiniment de sérieux, de conscience et de réalisme.

Au terme de ces considérations sur le débat énergétique, je voudrais rappeler que nos entreprises sont nanties de certaines tâches et quelles répondent devant les consommateurs du bon accomplissement de leur mission. *Si, à l'avenir, elles devaient faillir à cette mission en dépit des énormes efforts d'information et de persuasion qu'elles poursuivent maintenant, il ne faudrait en tout cas pas que l'on vienne leur en faire le reproche.* Si une politique énergétique inconsistante devait un jour déployer des effets négatifs et désagréables engendrant par exemple du chômage ou des privations, il ne serait pas étonnant que les cortèges dirigés aujourd'hui contre les centrales nucléaires soient alors rassemblés par les mêmes organisateurs en vue de réclamer la tête des responsables de l'économie électrique. Les populations sont versatiles et les républiques ingrates. Diverses certitudes constituent pour nous un encouragement à persévérer dans la ligne que nous estimons juste et qui est à nos yeux de nature à nous permettre d'accomplir normalement notre tâche.

Les questions énergétiques générales et notamment celles liées à l'énergie nucléaire m'ont amené aujourd'hui à d'assez longs développements, au point que l'on pourrait penser que les autres problèmes sont résolus ou ne nous préoccupent guère. Cela n'est pas le cas et dans bien des domaines, l'activité de l'Union s'est concentrée sur d'autres questions.

C'est ainsi que les délibérations des Chambres fédérales relatives à l'adaptation des redevances hydrauliques ont été suivies de très près. Préalablement à l'ouverture des discussions, nous sommes intervenus dans plusieurs directions afin d'obtenir que soit choisie une solution acceptable. Cela semble avoir été finalement le cas, même si par rapport aux taux anciens, le montant des redevances hydrauliques a augmenté de 60%. Cette affaire est maintenant classée. Un groupe de travail a été désigné sur le plan fédéral afin d'examiner la possibilité de simplifier le mode de perception des redevances hydrauliques.

Le 23 juin dernier a été constitué le *Fonds national pour la recherche énergétique*. Les bailleurs de fonds de cette institution sont les économies pétrolière, électrique et charbonnière. Il est regrettable que l'économie gazière n'ait pu, pour des raisons qui lui sont propres, se décider à se joindre aux fondateurs. Nous voulons espérer qu'il ne s'agit là que d'une absence momentanée et que la lacune subsistant ainsi sera rapidement



Gründen nicht entschlossen konnte, sich den Gründern anzuschliessen. Wollen wir hoffen, dass es sich nur um ein vorübergehendes Abseitsstehen handelt und dass die dadurch bestehende Lücke bald geschlossen werde. Die Elektrizitätswirtschaft ist der Ansicht, mit der Schaffung dieses Fonds dem in dieser Richtung zielenden, anlässlich unserer Generalversammlung 1974 in Olten von Bundesrat Ritschard geäußerten Wunsch stattgegeben zu haben. Ich hoffe, dass die Übereinstimmung, zu der die drei interessierten Wirtschaftszweige gelangt sind, zeigen wird, dass auf dem Energiesektor vieles ohne Intervention des Staates erreicht werden kann, der schon mit Aufgaben überhäuft ist und überdies gemäss dem Willen des Volkes nicht über zusätzliche Finanzmittel verfügt. Die dem Fonds zugesagten jährlichen Zuwendungen betragen zunächst etwa 14 Millionen Franken, wovon 2,5 Millionen Franken durch die Elektrizitätswirtschaft beigesteuert werden. Ich will es nicht unterlassen, an dieser Stelle den Werken zu danken, die zum Aufbringen der notwendigen Mittel beigetragen haben. Der Fonds wird durch einen 18 Mitglieder zählenden Stiftungsrat verwaltet, in dem die Energieproduzenten, die Verbraucher, der Bund, die Hochschulen und die Industrie vertreten sind.

Wir begrüßen auch die zunehmende *Aktivität des Schweizerischen Energieforums*, einer politisch neutralen Vereinigung, die vorerst etwa 140 Bundesparlamentarier umfasst. Das Schweizerische Energieforum bemüht sich nun, auch die Unterstützung von Persönlichkeiten der Lokalpolitik und der Wirtschaft zu gewinnen, um auf möglichst breiter Basis tätig sein zu können. Es hat für seine Mitglieder mehrere Informationsveranstaltungen zu Themen von höchster Aktualität organisiert. Überdies hat es einen Pressedienst ins Leben gerufen mit dem Ziel, eine objektive Energiediskussion zu fördern. Das Forum sieht sich als Anwalt einer harmonischen Wirtschaftsentwicklung und erachtet den Zwischenbericht der Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption als eine gültige Diskussionsbasis.

Dies ist nicht die Auffassung der Schweizerischen Energiestiftung, die in den vergangenen Monaten einige polemische Studien eindeutiger Färbung veröffentlicht hat, die eher zerstörerisch als aufbauend sind. Diese Stiftung ist ein Beispiel für die von mir vorher erwähnten Gruppierungen, die vor allem gegen die Kernenergie ins Feld ziehen, jedoch dem äussern Anschein nach die Energieprobleme aus einem ganzheitlichen Gesichtswinkel betrachten.

In meiner Ansprache im vergangenen Jahr habe ich auf die zunehmend wichtige Rolle der Information bei der Tätigkeit unseres Verbandes hingewiesen. Information ist eine schwierige Kunst. Die Elektrizitätswirtschaft hat zur Kenntnis zu nehmen, dass ihre Stellungnahmen nicht immer als neutral betrachtet werden und dass die Parteilichkeit, die man ihnen vorwirft, sie suspekt macht. Wir glauben, dass diese Sachlage, sei sie begründet oder nicht, uns nicht von der Fortführung unserer Bemühungen abhalten soll. Wenn unsere Informationen positive oder negative Reaktionen hervorrufen, bedeutet dies in erster Linie, dass sie gelesen werden und die Empfänger zum Nachdenken anregen. Schon diese Tatsache allein ist eine Ermunterung. Abgesehen von der Kritik, die unsere Publikationen unvermeidlicherweise in gewissen Kreisen hervorrufen, haben wir vor allem unzählige positive Reaktionen erhalten, handle es sich um unsere in erster Linie für die Schulen bestimmte Zeitung «Hochspannung» oder um die Informations-

comblée. Par la constitution de cette fondation, l'économie électrique estime avoir donné suite au vœu que M. le Conseiller fédéral Ritschard avait exprimé dans ce sens lors de notre assemblée générale en 1974 à Olten. Je souhaite que l'accord auquel sont parvenues les trois branches intéressées démontrera qu'en matière énergétique, bien des choses peuvent être réalisées sans l'intervention de l'Etat déjà submergé par ses tâches actuelles et, de surcroît, privé de nouvelles ressources financières par la volonté populaire. En première étape, la dotation annuelle assurée au Fonds atteindra quelque 14 millions de francs, dont 2,5 millions fournis par l'économie électrique. Je ne voudrais pas manquer de remercier ici les entreprises qui ont accepté de contribuer à rassembler les fonds nécessaires. Les disponibilités du Fonds seront gérées par un Conseil de 18 membres, où seront représentés les producteurs d'énergie, les utilisateurs de celle-ci, et la Confédération, les Hautes écoles et l'industrie.

Il convient également de saluer l'activité croissante du *Forum suisse de l'énergie*, association politiquement neutre et groupant en première étape quelque 140 parlementaires fédéraux. Le Forum suisse de l'énergie s'efforce maintenant d'obtenir également l'appui de personnalités de la politique locale et de l'économie, de manière à pouvoir agir sur une base aussi large que possible. Il a organisé à l'intention de ses membres plusieurs réunions d'information touchant à des sujets que l'actualité a rendu particulièrement intéressants. Par ailleurs, il a inauguré un service de presse visant à promouvoir le débat énergétique dans un cadre objectif. Le Forum se veut le défenseur d'un développement harmonieux de l'économie et considère le rapport intermédiaire de la Commission fédérale de la conception globale de l'énergie comme une base de discussion valable.

Ce n'est pas là l'avis de la Fondation suisse pour l'énergie (Schweizerische Energiestiftung) qui a publié ces derniers mois quelques études au caractère polémique nettement marqué et qui visent plus à détruire qu'à construire. La Fondation offre l'un des exemples que j'ai cités tout à l'heure, d'un groupe dirigé essentiellement contre l'énergie nucléaire, mais en apparence soucieux de résoudre les questions énergétiques sous un angle global.

Dans mon allocution de l'an passé, j'avais relevé le rôle de plus en plus important joué dans l'activité de l'Union par l'information. L'information est un art délicat. L'économie électrique a pu se rendre compte que ses avis ne sont pas toujours considérés comme neutres et que la partialité dont on leur reproche d'être entachés les rend suspects. Nous pensons qu'un tel état de choses, qu'il soit justifié ou pas, ne doit pas décourager de poursuivre nos efforts. Si nos informations suscitent des remarques positives ou négatives, cela signifie en premier lieu qu'elles sont lues et qu'elles ont fait réfléchir leurs destinataires. Ceci est déjà en soi un élément encourageant. A part les critiques que nos publications ont inévitablement engendrées dans certains milieux, nous avons reçu d'innombrables encouragements, qu'il s'agisse de notre journal «le Kilowattheure» destiné en premier lieu aux écoles, ou des informations que nous avons, spontanément ou sur demande, diffusées dans le public.

Une partie de notre activité d'information a consisté également en des mises au point d'informations manifestement fausses ou en des précisions relatives à des déclarations trompeuses ou incomplètes. L'expérience montre en effet que pour favoriser la vente de certaines publications, leurs auteurs re-

schriften, die wir aus eigener Initiative oder auf Bestellung an das Publikum verteilt haben.

Ein Teil unserer Informationstätigkeit bestand auch in der Richtigstellung von Informationen, die offensichtlich falsch sind, oder in der Präzisierung von irreführenden oder unvollständigen Erklärungen. Die Erfahrung zeigt in der Tat, dass, um gewisse Publikationen gut verkaufen zu können, die Autoren auf eine gewisse Sensationswirkung ausgehen. *Und da sich heute alles Nukleare gut «verkaufen» lässt, kann jegliche alarmierende Meldung über ein Kernkraftwerk mit einem vollen Erfolg rechnen, selbst wenn die Information, um die Stimmung anzuheizen, aufgrund von ungenügenden Auskünften übereilt veröffentlicht wurde.* Diese Falschmeldungen werden selten so richtiggestellt, wie sie es verdienen würden.

Schliesslich hatte unser Sekretariat unzählige technische, juristische und administrative Fragen zu behandeln, in vielen Fällen in Zusammenarbeit mit unseren Kommissionen und Arbeitsgruppen. Auch wenn es sich um weniger brennende Probleme handelte als die, welche in den Zeitungen Schlagzeilen machen, haben die durchgeführten Studien doch in hohem Mass zum guten Funktionieren der Elektrizitätswirtschaft beigetragen. Es scheint mir angezeigt, dies hier zu betonen.

#### Adresse des Autors

Dr. C. Babaïantz, Direktionspräsident der S. A. l'Énergie de l'Ouest-Suisse, case postale 1048, 1001 Lausanne.

cherchent un certain effet de sensation. *Et comme le nucléaire se vend bien à l'heure actuelle, tout propos alarmiste relatif à une centrale nucléaire est assuré du plein succès, même si pour les besoins de la cause l'information est publiée hâtivement sur la base de renseignements insuffisants.* Ces fausses informations sont rarement rectifiées comme elles le méritent.

Enfin, notre Secrétariat a traité de nombreuses questions techniques, juridiques et administratives, parfois en collaboration avec nos commissions et groupes de travail. S'il s'est agi de problèmes moins brûlants que ceux qui font la «une» des journaux, les études entreprises ont largement contribué au bon fonctionnement de l'économie électrique. Il m'a semblé nécessaire de le souligner ici.

#### Adresse de l'auteur

C. Babaïantz, président de la direction de la S. A. l'Énergie de l'Ouest-Suisse, case postale 1048, 1001 Lausanne.

## Wissenschaft, Technik und Öffentlichkeit

Ansprache von Herrn Prof. Dr. H. Grümm an der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke am 9. September 1977 in Luzern

In unserer angeblich informierten Gesellschaft entwickeln sich zunehmend Verfallserscheinungen der wissenschaftlichen Moral. Sie zeigen sich, wenn Fachleute eines bestimmten Spezialgebietes öffentlich über Dinge reden, mit denen sie sich nicht im Detail befasst haben, ohne diese Aussagen zu relativieren und als die eines interessierten oder engagierten Laien zu kennzeichnen. Auf diese Unsitte ist zum Beispiel ein grosser Teil der angeblichen Uneinigkeit der Fachleute über die Risiken der Kernenergie zu buchen. Das heute zu behandelnde Thema ist so breit angelegt, dass es kaum jemand mit voller Kompetenz zu behandeln vermag, und reicht über meine Fachgebiete – Kerntechnik und Forschungsmanagement – weit hinaus. Es umfasst aber aktuelle Existenzfragen von Wissenschaft und Technik, vielleicht sogar Existenzfragen unserer freien westlichen Gesellschaftsordnung. Betrachten Sie bitte meine Ausführungen als subjektive Bemerkungen zu diesen Fragen, als Versuch eines in Wissenschaft und Technik Verantwortlichen, in groben Strichen zu zeigen, wie sich die angesprochenen Wechselwirkungen in seinem Kopfe spiegeln. Beim Thema selbst muss ich mich beim Begriff «Wissenschaft» wohlweislich auf die *Naturwissenschaften* beschränken und bei der «Öffentlichkeit» auf die *veröffentlichte Meinung*, die ja objektiv fassbar ist.

## La science et la technique face au grand public

Discours de Monsieur le Professeur H. Grümm, prononcé à l'occasion de l'Assemblée générale de l'UCS le 9 septembre 1977 à Lucerne

Dans notre société prétendument informée se manifestent de plus en plus des symptômes de décadence de la moralité scientifique. On peut les observer dès que des personnes spécialisées dans un domaine restreint parlent publiquement de choses dont elles n'ont pas une connaissance précise et omettent de souligner le caractère relatif de leurs affirmations en concédant qu'elles n'émanent que d'un profane intéressé ou engagé. C'est au compte de cette mauvaise habitude qu'il faut mettre par exemple une grande part du prétendu désaccord des spécialistes en ce qui concerne les risques de l'énergie nucléaire. Le sujet dont il est question aujourd'hui est si large qu'il est presque vain de vouloir trouver un orateur tout à fait compétent. Il dépasse aussi largement mes domaines qui sont la technique nucléaire et la direction de recherches. Mais il englobe des questions vitales et actuelles sur la science et la technique, peut-être même sur l'ordre social et libre de l'Occident. Veuillez considérer mes déclarations comme des remarques subjectives sur ces questions, comme la tentative d'un responsable scientifique et technique de montrer à grands traits comment son esprit envisage les interactions entre les divers éléments. En traitant le sujet, je limiterai sagement le concept de «science» aux «sciences physiques» et la notion de «public» à celle d'«opinion publique», telle qu'elle se révèle objectivement dans la presse.